

## MINDESTLOHN

# Union bleibt auf halber Strecke stehen

Ein Versuch ist das Unionsmodell zum Mindestlohn wert. Erstens ist Vollzeitarbeit, die nicht das Existenzminimum erreicht, eines Wohlfahrtsstaates im Zeichen der sozialen Marktwirtschaft grundsätzlich unwürdig. Zweitens hat die Linkspartei lang genug davon profitiert, dass diverse Altparteien unsoziale Arbeitsverhältnisse erst gefördert (Agenda 2010) und dann toleriert haben.

Heute prägen Aufstocker, Hartz-IV-Karrieren und als späte Folge die neue Altersarmut das gesellschaftliche Bild in einkommensschwachen Schichten.

Das ist sozial und politisch inakzeptabel. Nun will die Union einen Schritt zurück in die gesellschaftliche Wirklichkeit wagen. Die FDP soll dann, wenn sie es sich leisten kann, eben vor der Tür bleiben. Aber wieso bleibt die Volkspartei Union auf halber Strecke stehen? Aus Furcht vor der eigenen Courage?

**Ein Kommentar**  
von Dieter Wonka



Es führt kein Modell zum Guten, bei dem die Politik nicht den Mut hat, eine erkennbare Mindestuntergrenze beim Lohn vorzugeben. Faktisch ist dies mit dem errechneten Existenzminimum gegeben. Dieses politische Bekenntnis in Euro und Cent berechnet fehlt noch dem Unionsvorschlag, um wirklich praxistauglich zu werden. Dafür, so scheint es, ist dann wohl doch noch die eine oder andere Wahlkampfmaßnahme nötig, um endgültig neues Denken zu wagen.

## BETREUUNGSGELD

# Eine schlechte Idee wird immer schlimmer

Manchmal hat man den Eindruck, als laufe in der Regierung ein Wettbewerbs: Wie verwandelt man eine schlechte Idee in einen Vorschlag, der noch schlimmer ist? Gelungen ist das jedenfalls – beim Betreuungsgeld.

Die Herdprämie soll mehr Gerechtigkeit schaffen, argumentiert die Regierung – diejenigen, die nicht vom Ausbau der Krippenplätze für unter Dreijährige profitieren, weil sie die Kleinen lieber daheim erziehen, bekommen eine Ausgleichszahlung. Schon diese Argumentation ist fragwürdig: Demnach hätten auch Radler und Bahnfahrer Anspruch auf einen Ausgleich, weil sie ja nicht von den milliardenteuren Autobahn-Sanierungen profitieren. Autofahrer wiederum könnten auf Ausgleich pochen, da sie ja nicht den neuen ICE aus-

probieren. Und wo wir schon mal dabei sind: Auch Nichtschwimmer und Kulturbauern dürften auf einige Euros hoffen, da sie weder Freibäder noch Theater nutzen.

**Ein Kommentar**  
von Inken Hägermann



Nun auch noch das Betreuungsgeld auf Hartz IV anzurechnen, ist absurd: Die alleinerziehende Mutter, die keine Arbeit hat, da sie keinen Krippenplatz für den Nachwuchs findet, geht leer aus. Und der Managergatte, der sich eh eine Kinderfrau leistet, wird noch ein wenig Taschengeld hinterhergeworfen. Das ist nicht gerecht, sondern nur teuer.



GEGEN GESETZLICHE MINDESTLÖHNE: Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP).

## CDU für Mindestlohn, aber FDP dagegen

BERLIN. Die CDU hat sich nach monatelangem Ringen auf ein Konzept zur Einführung einer allgemeinverbindlichen Lohnuntergrenze geeinigt.

Der Mindestlohn soll für Beschäftigte ohne Tarifverträge gelten und von einer paritätisch von Arbeitgebern und Gewerkschaften besetzten Kommission festgesetzt werden.

Dabei sollen nach dem Willen der zuständigen CDU-Arbeitsgruppe auch Differenzierungen nach Branchen, Regionen sowie Arbeitnehmergruppen möglich sein. Kann sich das Gremium nicht mehrheitlich auf einen Mindestlohn verständigen, soll ein

Schlichter entscheiden. Können sich beide Seiten nicht auf einen solchen Schlichter einigen, soll dieser durch Los bestimmt werden.

FDP-Chef Philipp Rösler reagierte deutlich zurückhaltend auf das Konzept der Unionspartei: „Für die Koalition ändert sich nichts“, sagte Rösler. Er verwies auf den Koalitionsvertrag, in dem ein gesetzlicher Mindestlohn nicht vorgesehen ist.

Der Wirtschaftsminister betonte, die soziale Marktwirtschaft und die Tarifhoheit von Gewerkschaften und Arbeitgebern hätten sich gerade in der Euro-Schuldenkrise bewährt.

# Gegenwind für das Grundeinkommen

Landtagsfraktionen kritisieren Piraten-Vorstoß: Ungerecht, nicht an Bedürfnissen orientiert

Jeden Monat 1500 Euro vom Staat? Dieser Vorstoß der Piraten findet im Landtag keine Mehrheit.

VON HEIKO RANDERMANN UND DIRK RACKE

HANNOVER. Er ist Vater von sieben Kindern, doch vom Betreuungsgeld, das die Bundesregierung einführen will, hält Meinhart Ramaswamy gar nichts. Der Spitzenkandidat der niedersächsischen Piratenpartei ist für das „bedingungslose Grundeinkommen“ für jeden, gezahlt vom Staat. Die Höhe? „Es gibt verschiedene Modelle

und Ansätze des Grundeinkommens, darüber müssen wir diskutieren“, sagte der 58-Jährige, „ich würde vermuten, so 1500 Euro monatlich.“

Mit dieser Summe setzt er sich an die Spitze einer parteiübergreifenden Bewegung, die seit Jahren für ein Grundeinkommen streitet (siehe Text unten). Finanziert werden soll es, indem alle anderen staatlichen Leistungen gestrichen werden.

Geld fürs Nichtstun, einfach so? Ramaswamy glaubt nicht, dass viele dann gar nicht mehr arbeiten wollen: „Die Menschen werden effizienter und leistungsfähiger, weil sie dann

die Möglichkeit haben, das zu tun, was sie gerne machen. Woher kommt denn Faulheit? Daher, dass Menschen sich ausgenutzt fühlen. Aber wenn sie spüren, dass die Gemeinschaft sie trägt, lassen sie im Gegenzug die Gemeinschaft gerne an ihrer Leistung teilhaben.“

Im Landtag stößt der Piraten-Vorstoß auf zum Teil heftigen Gegenwind. Hannovers CDU-Stadtdirektor Dirk Toepffer findet die Idee, „darüber nach-



Dirk Toepffer

zudenken, ob wir die Vielzahl der Sozialleistungen brauchen, grundsätzlich sympathisch“. Aber: „Die Einzelfallgerechtigkeit muss gewahrt

bleiben.“ So fiel bei dem Modell auch das einkommensunabhängige Blindengeld weg – „das finde ich nicht gut“.

Auch Sozialexpertin Ursula Helmhold (Grüne) kritisiert die Idee: „Eine Sozialpolitik mit der Gießkanne, die nicht mehr auf individuelle Bedürfnislagen eingehen kann, finde ich

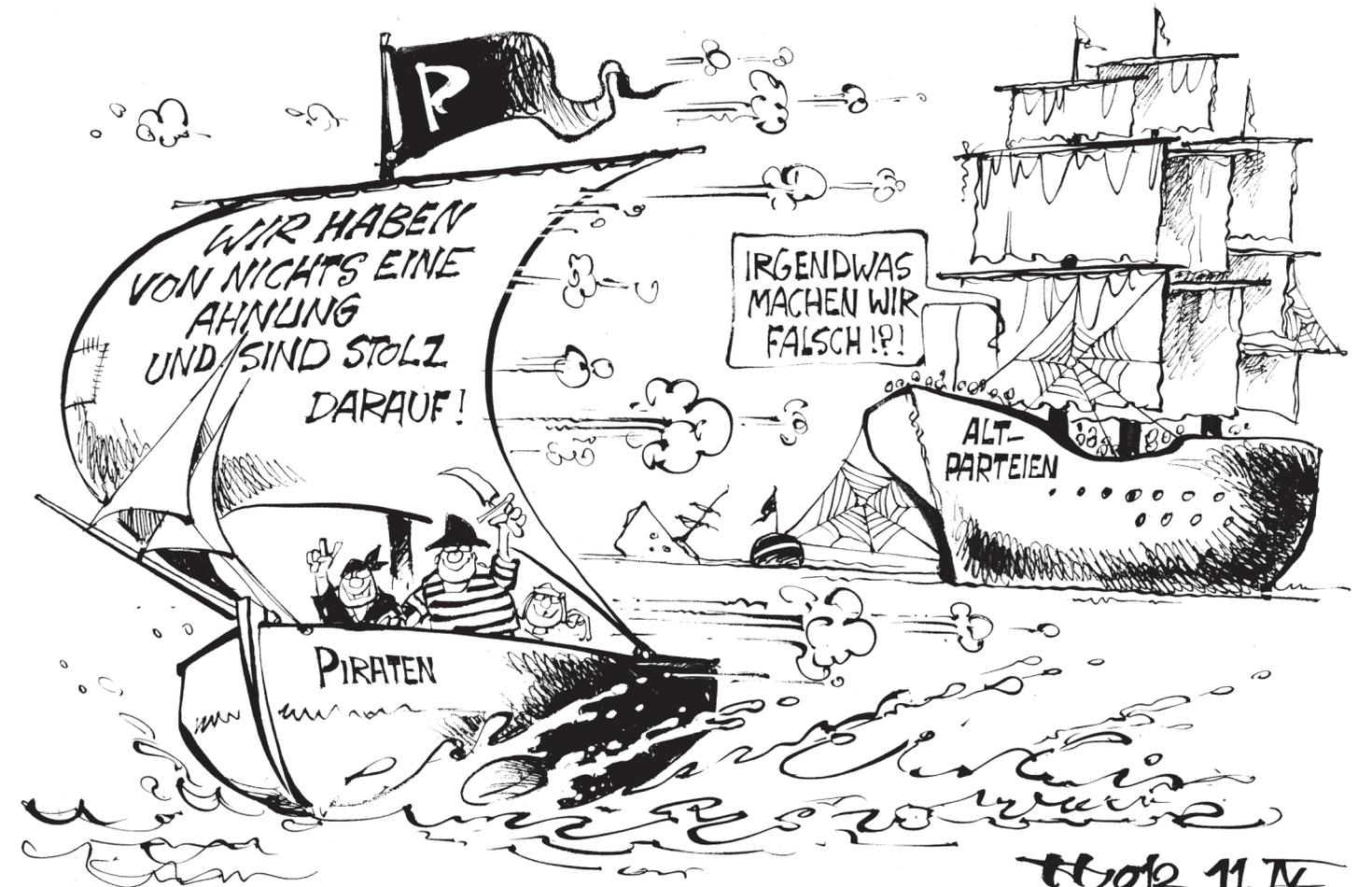
falsch.“ Für Arbeitgeber sei ein Grundeinkommen zudem ein staatlich finanzierter Kombi-Lohn: „Wenn sie wissen, dass jemand schon 1500 Euro hat, warum sollen sie dann noch gute Löhne zahlen?“

SPD-Sozialexpertin Uwe Schwarz warnt zudem: „Bei allen Modellen, die in der Vergangenheit zum Grundeinkommen oder einem Bürgergeld in der Diskussion waren, kam bei genauer Rechnung am Ende eine Absenkung der Leistungen aus dem bisherigen sozialen Sicherungssystem heraus.“

Die Linken-Fraktion unterstützt die Grundidee: „Wir sagen, dass Hartz IV weg muss,

weil es mit Sanktionen verbunden ist“, so die parlamentarische Geschäftsführerin Ursula Weisser-Roelle. „Die Menschen brauchen ein Grundeinkommen, damit sie am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben können.“ Doch das gelte nicht bedingungslos: „Große Bar- und Immobilienvermögen müssten angerechnet werden.“

Auch FDP-Generalsekretär Gero Hocker fände es „ungerecht, wenn jeder, ungeachtet von seiner Einkommens- und Vermögenssituation, den gleichen Anspruch hätte wie Hartz-IV-Empfänger oder Alleinerziehende“.



Wunder der Meere

## DIE WISSENSCHAFTLERIN

### „Der Mensch ist nicht faul“

HANNOVER. Ist ein bedingungsloses Grundeinkommen finanzierbar? Wer holt den Müll ab oder putzt Klo, wenn man nicht mehr wegen des Geldes arbeiten muss? Die Dortmunder Professorin Ute Fischer, studierte Volkswirtin und Soziologin, ist von der positiven Wirkung des Grundeinkommens überzeugt.

Schon heute leiste Deutschland sich einen Sozialstaat, argumentiert die Professorin. Das Grundeinkommen würde aber eine sozialstaatliche Lösung anbieten, die angemessener sei als unser derzeitiges System. „Es kommt dem Grundgedanken näher, wie eine Gesellschaft funktioniert – weil es Tätigkeiten jedweder Art gleich gewichtet, egal, ob ich mich um meine

Familie kümmern oder ehrenamtlich arbeiten will – oder ob ich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehe“, so Fischer. Alle Tätigkeiten seien für die Gesellschaft gleich wichtig.

Der Grundgedanke dahinter: „Der Mensch ist nicht faul, sondern hat ein Grundbedürfnis, sich nützlich zu machen“, so Fischer, „ich halte es für falsch zu glauben, dass Menschen nur arbeiten gehen, wenn es nützt.“ Wer die finanzielle Freiheit habe, sich seine Tätigkeit auszusuchen, sei letztlich produktiver – weil er in dem Bereich arbeiten kann, zu dem er sich hingezogen fühlt.

„Das Grundeinkommen lässt sich finanzieren, volkswirtschaftlich ist es kein Humbug“, sagt Fischer, die schon ver-

schiedene Finanzierungsmodelle durchgerechnet hat. Eine Variante: Die Bürger müssten zusätzlich zu den Sozialabgaben, die jetzt schon fällig werden, einen zusätzlichen Sozialabgabensatz zahlen. Bei anderen Modellen wird nicht das Einkommen besteuert, sondern nur noch der Konsum – die Mehrwertsteuer würde drastisch ansteigen. Auch eine Mischform wäre denkbar.

Die Summe von 1500 Euro hält Fischer für zu hoch – und es wäre auch schwierig, sie zu finanzieren: „Wünschenswert ist eine Summe, die dem Einzelnen die freie Entscheidung lässt, was er gerne machen möchte.“ Die Wissenschaftlerin hält ein Grundeinkommen von 800 bis 1000 Euro für sinnvoll und auch bezahlbar. ink

## DIE MODELLE

### Intensive Diskussionen in Parteien

HANNOVER. Seit mehreren Jahren ist ein Grundeinkommen im Gespräch, und es kursieren sehr unterschiedliche Vorschläge, wie man die Zahlung umsetzen könnte. Ein Überblick:

Einer der prominentesten Verfechter des bedingungslosen Grundeinkommens ist der Unternehmer Götz Werner, Gründer der Drogeriemarktkette „dm“. Er fordert „1000 Euro für jeden. Freiheit, Gleichheit, Grundeinkommen“ – so lautet der Titel seines Buches. Finanziert wird das Modell ausschließlich über die Besteuerung des Konsums.

Der CDU-Politiker Dieter Althaus, Ex-Ministerpräsident von Thüringen, wirbt für ein „solidarisches Bürgergeld“,

bei dem jeder 800 Euro brutto erhält – in die Summe eingerechnet sind bereits 200 Euro für Krankenversicherung. Netto bleiben 600 Euro. Andere Transferleistungen wie Kindergeld, Hartz IV, Bafög und die Rente würden abgeschafft. Die Finanzierung läuft komplett über die Einkommenssteuer, Sozialabgaben müssten nicht mehr gezahlt werden.

Bei den Grünen wird über die Grundsicherung diskutiert. In Baden-Württemberg hat sich die Partei für die Einführung eines Grundeinkommens von 420 Euro in Form der negativen Einkommenssteuer entschieden: Wer weniger als eine bestimmte Summe verdient, muss keine Steuern zahlen, sondern

bekommt stattdessen Geld. Im Gespräch ist aber auch eine grüne Grundsicherung in Höhe von 500 Euro, zusätzliche Transferleistungen etwa auf Wohngeld werden nach Bedarf gewährt. Finanziert wird das Modell über Steuer- und Transferleistungen.

Ein ähnliches Modell diskutiert die Arbeitsgruppe „Sozialpiraten“. Sie favorisieren eine Zahlung von 440 Euro monatlich, finanziert durch einen Einkommenssteuersatz von 45 Prozent und eine Mehrwertsteuer von 20 Prozent. Einen Beschluss zur Grundsicherung gibt es nicht.

Die Linkspartei diskutiert zwei Modelle: eine bedarfsorientierte Grundsicherung und ein bedingungsloses Grundeinkommen.

## INLAND KOMPAKT

### Früher Verdacht von FBI-Leuten

Motive der Zwickauer Neonazi-Zelle genannt  
BERLIN. Bei der Mordserie der Zwickauer Neonazi-Zelle hatten FBI-Agenten schon früh einen Verdacht. Die nach Deutschland gekommenen Amerikaner hätten 2007 einen ausländerfeindlichen Hintergrund vermutet, berichtete die SPD-Sprecherin im Untersuchungsausschuss des Bundestages, Eva Högl. Die FBIler entdeckten zudem eine hohe Mobilität der Täter. „Das wäre zumindest ein Ansatzpunkt gewesen, weiter zu ermitteln“, sagte Högl. Es sei aber nichts geschehen. Die Agenten waren zu einem routinemäßigen Informationsaustausch beim Landeskriminalamt Bayern, das damals in fünf Fällen von Morden an türkisch- und griechischstämmigen Männern ermittelte.

### Schlag gegen Rechtsextreme

Polizei filzt 20 Wohnungen und Läden

KÖLN. Mit einer Großrazzia ist die Polizei gegen eine Gruppe junger Neonazis im Bergischen Land vorgegangen. Drei Beschuldigte wurden verhaftet, 15 andere verhöört. In Radevormwald, Wuppertal, Düsseldorf und Essen durchsuchte die Polizei 20 Wohnungen und Geschäfte. Die Gruppe trägt den Namen „Freundeskreis Rade“ und besteht laut Polizei-Schätzung aus 20 bis 25 jungen Männern. Sie werden den sogenannten Autonomen Nationalisten zugerechnet. Auch das Fraktionsbüro der Splitterpartei Pro NRW in Radevormwald wurde durchsucht.

### Mehr Zuwanderer anlocken

Kabinett beschließt Demografie-Strategie

BERLIN. Nachwuchs fördern, Fachkräfte holen und eisern sparen: Als Reaktion auf den demografischen Wandel (Bevölkerungsschwund) hat das Bundeskabinett in Berlin gestern eine Strategie beschlossen. Darin ist unter anderem vorgesehen, Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Elternhäusern besonders zu unterstützen und vermehrt Zuwanderer nach Deutschland zu holen. Pflegeangebote für die wachsende Zahl älterer und dementer Menschen sollen verbessert werden.

## ZITAT

Der Sieg der Linken wird nicht der Einzug ins Paradies, sondern der Einzug in die Hölle der Realität sein.



Der Grüne Daniel Cohn-Bendit über einen möglichen Sieg des sozialistischen französischen Präsidentschaftskandidaten François Hollande